



Amtsgericht Leipzig

Vollstreckungsgericht

Aktenzeichen: 435 M 9602/13

## BESCHLUSS

In der Zwangsvollstreckungssache

1. 04105 Leipzig

- Gläubigerin -

Prozessbevollmächtigte:

218,

gegen

[REDACTED]

- Schuldner -

Weiterer Beteiligter:

Obergerichtsvollzieher [REDACTED] Leipzig

wegen Erinnerung gg. Art u. Weise d. Zwangsvollstreckung § 766 ZPO

ergeht am 23.09.2013 nachfolgende Entscheidung:

Die Erinnerung der Gläubigerin vom 20.06.2013 gegen die Weigerung des Gerichtsvollziehers, ein Verfahren zur Ermittlung des Aufenthaltsortes einzuleiten, wird zurückgewiesen.

### Gründe

Die Verfahrensbevollmächtigten der Gläubigerin teilten dem weiteren Beteiligten mit Schreiben vom 13.05.2013 einen "Auftrag zur Vollstreckung und Ermittlung des Aufenthaltsortes des Schuldners". Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Auftrag vom 13.05.2013 Bezug genommen.

Der zuständige Obergerichtsvollzieher sendete die Vollstreckungsunterlagen mit Schreiben vom 11.06.2013 mit der Begründung zurück, dass Adressermittlungsaufträge nur gestellt werden können, wenn mindestens ein Vollstreckungsantrag gestellt ist. Hiergegen richtet sich die Erinnerung des Gläubigers vom 20.06.2013.

Die Vollstreckungserinnerung gemäß § 766 Abs. 2 ZPO ist zulässig, jedoch unbegründet.

Nach § 755 Abs. 1 ZPO darf der Gerichtsvollzieher aufgrund des Vollstreckungsauftrags den Aufenthaltsort des unbekannt verzogenen Schuldners ermitteln. Neben dem speziellen Antrag auf Aufenthaltsermittlung ist zusätzlich ein Zwangsvollstreckungsauftrag erforderlich (vgl. Musielak, ZPO-Kommentar, 10. Auflage 2013). Ein isolierter Aufenthaltsermittlungsantrag ist demgegenüber nicht zulässig. Im vorliegenden Fall hat der Gläubiger mit Schreiben vom 13.05.2013 bezüglich des unbekannt verzogenen Schuldners lediglich einen isolierten Adressermittlungsauftrag erteilt. Soweit es in dem Schreiben der Verfahrensbevollmächtigten des Gläubigers vom 13.05.2013 heißt: "Auftrag zur Vollstreckung...." und unter Ziffer I. "um Durchführung der Vollstreckung und gegebenenfalls vorheriger Zustellung...", handelt es sich nicht um einen Vollstreckungsauftrag i.S.v. § 755 Abs. 1 ZPO, weil - worauf der zuständige Obergerichtsvollzieher zutreffend hinweist - es nicht ausreicht, den Auftrag nur so zu bezeichnen, sondern aus dem Auftrag selbst klar hervorgehen muss, welche konkreten Vollstreckungsmaßnahmen durchzuführen sind. Dies folgt auch aus § 802 a Abs. 2 Satz 2 ZPO, wonach die Maßnahmen in dem Vollstreckungsauftrag zu bezeichnen sind. Die bloße Bezeichnung als Vollstreckungsauftrag ist hierfür nicht ausreichend.

Da der Gläubiger im vorliegenden Fall lediglich einen isolierten Adressermittlungsauftrag für den unbekannt verzogenen Schuldner erteilt hat, war die Erinnerung zurückzuweisen.

Weißenfels  
Richter am Amtsgericht



Ausgerichtet - Beglaubigt  
Leipzig, den 27. SEP. 2013

Grundungsbeamter der  
Geschäftsstelle

Hinterthür  
Justizangestellte